



Gemeinsame Pressemitteilung von GdP Berlin, GEW Berlin, IG BAU Berlin und ver.di Berlin-Brandenburg

**GdP-Info
46-2025**

Am heutigen 18. Dezember 2025 haben 6.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zusammen mit Unterstützer*innen vor dem Abgeordnetenhaus Berlin für eine starke öffentliche Daseinsvorsorge protestiert. Die Kundgebung, zu der die Gewerkschaften ver.di, IG BAU, GdP und GEW aufgerufen hatten, stand im Zeichen der laufenden Tarifrunde des öffentlichen Dienstes der Länder und der Forderung nach einer Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Kundgebung fand parallel zur entscheidenden Haushaltsdebatte im Abgeordnetenhaus statt. Die Teilnehmenden verbanden ihre Forderung nach Lohn- und Gehaltssteigerungen mit dem Anliegen, dass Haushaltsentscheidungen nicht zulasten der Beschäftigten und der öffentlichen Daseinsvorsorge gehen dürfen.

Die Redebeiträge auf der Kundgebung machten die breite Unterstützung für die Tarifforderungen sichtbar und betonten, dass eine starke öffentliche Daseinsvorsorge grundlegend für gesellschaftliche Stabilität ist. Die Beteiligung aus den unterschiedlichsten Berufsfeldern zeigte die große Mobilisierungskraft in der anlaufenden Tarifrunde.

„Unsere Kolleg*innen halten Berlin mit ihrer Arbeit tagtäglich am Laufen. Dafür erwarten sie eine anständige Bezahlung. Der Job der Politik ist es, den öffentlichen Dienst so zu finanzieren, dass die Kolleg*innen anständig bezahlt werden können. Mit der heutigen Kundgebung haben die Beschäftigten die deutliche Erwartung an die politisch Verantwortlichen formuliert, dass sie ihren Job machen sollen.“ Andrea Kühnemann, Landesbezirksleiterin ver.di Berlin-Brandenburg

„Wenn die TdL von „Augenmaß“ spricht, dann sagen wir: Augenmaß heißt, die Realität aller Beschäftigten anzuerkennen. Unser Spielraum ist aufgebraucht. Unsere Geduld auch. Wir streiken nicht aus Lust, sondern aus Verantwortung – für uns, für unsere Kolleginnen und Kollegen aller Gewerke und für die Zukunft des öffentlichen Dienstes. Ein starker Wald braucht Pflege. Ein starker öffentlicher Dienst braucht faire Löhne.“ Nico Rentzsch, Forstwirt beim Landesbetrieb Forst Brandenburg und Mitglied in der Bundestarifkommission der IG BAU

„Bis hierhin hat uns die Arbeitgeberseite ihre viel zitierte Wertschätzung nicht entgegengebracht. Die Menschen in unserem Land wünschen sich wieder mehr Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit. Die bekommt man nicht zum Nulltarif, sondern nur, indem man die Menschen, die tagtäglich auf unseren Straßen dafür sorgen, angemessen bezahlt. Das sind keine Almosen, das ist eine gute Investition in die Zukunft unserer Demokratie.“ Alexander Meyer, Mitglied im GdP-Landesvorstand Berlin.

„Die laufende Tarifrunde der Landesbeschäftigte ist zentral für eine faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Bildungsbereich in Berlin. Dafür gehen wir auf die Straße. Gleichzeitig gefährden Haushaltsskürzungen die bestehenden Angebote und die Qualität öffentlicher Leistungen und unserer sozialen Infrastruktur. Es braucht jetzt klare politische Entscheidungen: für ein starkes Tarifergebnis und für die Ausfinanzierung von Kitas, Schulen, Hochschulen und der öffentlichen Verwaltung. Gute Bildung und Wissenschaft sind nur bei guter Arbeit und stabiler Finanzierung möglich.“ Felicia Kompo, Vorsitzende der GEW BERLIN.

Hintergrund:

Die Kundgebung fand im Rahmen der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) statt. Die erste Verhandlungsrunde Anfang Dezember verlief bislang ohne Annäherung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Die Gewerkschaften fordern für die Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst der Länder sieben Prozent mehr Gehalt im Monat – jedoch zur Stärkung der unteren Lohngruppen mindestens 300 Euro. Studentische Beschäftigte sollen ein tariflich garantiertes Mindeststundenentgelt erhalten. Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften die Erhöhung aller Zeitzuschläge um 20 Prozentpunkte. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrags soll zwölf Monate betragen.

